

## Feuert die Gewerkschaftsführung!



### **Stoppt die Offensive von Unternehmern, Regierung und SPD-Führung**

Das Maß ist voll! Mit der "sächsischen Lösung" hat die kapitalistische Politik des Tarifbruchs einen Sieg davon getragen. Abgesehen davon, daß 1996 (bei weniger Urlaub und höherer Wochenarbeitszeit) immer noch keine 100% Angleichung existiert: Wer garantiert, daß die Unternehmer 1996 die Tarife einhalten und wie viele werden dann überhaupt noch einen Job haben? Darüberhinaus bedeutet die Zustimmung der Gewerkschaftsführung zur Öffnungsklausel grünes Licht für die Aushöhlung der Flächentarifverträge und geht also an die gewerkschaftliche Substanz. Mit seinen Börsen-Spekulationsgewinnen im Rücken hat Steinkühler natürlich gut lachen. Die Lohnabhängigen

aber müssen, um solche Niederlagen wie jetzt im Osten zu verhindern, diese Gewerkschaftsbürokratie, diese professionellen Ausverkäufer, feuern.

Denn auch in Deutschland haben sich die Zeiten geändert. Um international weitere Punkte bei der Durchsetzung deutscher Kapitalinteressen machen zu können, muß die Gesellschaft gemäß den Interessen des deutschen Imperialismus neu strukturiert werden. Dies führt zu einem Generalangriff, zu einer *bürgerlichen Offensive*, die sich auch in einem sozialen Kahlschlag ausdrückt, der alles in der BRD bisher dagewesene in den Schatten stellt. *Politisch* besteht dieser Angriff in der Erhöhung der Massensteuern, drasti-

schen Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich sowie in der Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft. Ans Eingemachte geht die Umsetzung weiterer Vorschläge der von der Regierung eingesetzten Deregulierungskommission, u.a. Tarifverträge durch Öffnungsklauseln auszuhebeln. Die Durchsetzung der "Härteklause" für die ostdeutsche Metall- und Elektroindustrie ist ein erster Schritt, mit dem das gesamte System der Flächentarifverträge in Frage gestellt und eine Schwächung der Gewerkschaften herbeigeführt wurde. Die ökonomische Komponente der sozialen Kahlschlagspolitik seitens der Kapitalisten besteht in der De-Industrialisierungspolitik im Osten sowie einer Rationalisierungswelle unerhörten Ausmaßes im Westen, die alle wesentlichen industriellen Kernbereiche trifft. Die bürgerliche Presse und Politiker diskutieren offen die Zahl von 7 Millionen Arbeitslosen in diesem Jahr. Selbst wenn die Konjunktur wieder anspringen sollte ist klar, daß die Industrie nur einen sehr kleinen Teil der Entlassenen wieder benötigen würde.

Die Lohnabhängigen in Deutschland sind also mit einem konzentrierten, strukturellen Angriff der Herrschenden konfrontiert, der eine grundsätzliche, radikale Antwort erfordert, will man sich nicht freiwillig auf das Niveau der Großmütter und -väter herabdrücken lassen. Die nach wie vor dominierende Kraft in der deutschen Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie - Partei und Gewerkschaftsführung - hat nicht nur keine Antwort auf die bürgerliche Offensive. In unterschiedlichen Rollen betreibt sie vielmehr das Geschäft der Unternehmer zur Rettung des kapitalistischen Systems.

#### **Inhalt:**

<i>Feuert die Gewerkschaftsführung!</i> .....	S. 1
<i>Dokumentation: Wie vorwärts?</i> .....	S. 5
<i>Marxismus contra Bewegungsfetischismus..</i>	S. 6
<i>Deutsche Waffen sollen es schaffen.....</i>	S.10
<i>Kapitalismus und Rassismus.....</i>	S.16

## **BOLSCHEWIK**

Gruppe Spartakus

Herausgeber: Gruppe Spartakus  
Deutsche Sektion der Internationalen  
Bolschewistischen Tendenz

#### **Redaktionsanschrift:**

M. Martin, Postfach 210 254  
W-1000 Berlin 21

#### **Erscheint im Selbstverlag**

V.i.S.d.P.: M. Martin, W-1000 Berlin 21

Abonnement: 4 Ausgaben (inkl. Extra-Ausgaben) DM 10,-  
Übersee DM 15,-  
(erscheint unregelmäßig)

Konto: M. Martin, Postgiroamt Berlin  
(BLZ 10010010), KtoNr.: 14241-107

Signierte Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der  
Meinung der Redaktion.

## **Große Koalitionspolitik der SPD**

Die Führung der SPD hat sich entschlossen, anstelle einer riskanten Opposition in allen wesentlichen Fragen mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Diese Politik wurde in der Partei ohne nennenswerten Widerstand durchgesetzt, ein linker Flügel ist nicht auszumachen. Ob in der Frage der Bundeswehreinräte oder der Asylgesetzgebung, ob bei den Verhandlungen zum "Solidarpakt" oder bei der Pflegeversicherung - die SPD macht nicht auf Opposition oder "kapituliert", wie das so mancher Linke im Kopf hat. Die SPD verbreitet auch keine Illusionen: In der jetzigen politischen Konjunktur organisiert diese bürgerliche Arbeiterpartei an zentraler Stelle in Kollaboration mit den bürgerlichen Parteien die Offensive. So rechnete es sich Engholm noch bei seinem Abgang hoch an, u.a. in der Asylfrage oder in der Frage des "zweiten Arbeitsmarktes" (sprich untertarifliche Bezahlung durch Zerstörung des Tarifwesens) "Neues angedacht" zu haben. Und das ist typisch für den jetzigen Zustand der SPD und deutet darauf hin, daß die Krise der SPD unter der Führung der techno-bürokratischen "Enkelinnen und Enkel" anzuhalten verspricht.

## **Elend der Gewerkschaftsbürokratie**

Die bürgerliche Offensive von Regierung, SPD und Unternehmern erwischt jetzt immer mehr die Gewerkschaften. Trotz der Charakterisierung vom "Elend des Reformismus" in Krisenzeiten des bürgerlichen Regimes trifft aktuell auf die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie viel eher zu als auf die SPD. Eine Entwicklung der bürgerlichen Arbeiterpartei SPD hin zu einer bürgerlichen Volkspartei ist vorstellbar; eine Differenzierung dieser Partei bzw. eine Abspaltung auf diesem Weg nicht ausgeschlossen. Aber die Gewerkschaftsführer können nicht die Verbindung zur Arbeiterklasse aufheben, ohne aufzuhören, Gewerkschaftsführer zu sein. Ihre Stellung, vermittelt über den Gewerkschaftsapparat, hängt unmittelbarer von der Basis ab.

Objektiv gesehen besteht ihre Funktion, wie die jeder Arbeiterbürokratie im Kapitalismus, darin, die Entwicklung des Kapitalismus zu begleiten und in der Arbeiterbewegung abzudecken. Marxisten verstehen deshalb die kleinbürgerliche Bürokratschicht als *bürgerliche Agentur innerhalb der Arbeiterklasse*. In Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs und wachsender Profite macht die Bourgeoisie den Arbeitern eher Zugeständnisse in Fragen des Lohns und der Arbeitsbedingungen (damit der Verwertungsprozeß reibungsloser verläuft). So kann die Gewerkschaftsbürokratie auf reale Verbesserungen verweisen und ihre Position festigen. In Zeiten der strukturellen kapitalistischen Krise, in der es immer weniger zu "verteilen" gibt, ist diese Führungsschicht gezwungen, immer direkter und offener die Politik der Unternehmer umzusetzen, gefährdet damit aber gleichzeitig ihre Basis und letztlich ihre Vermittlerfunktion. In diesem Spannungsverhältnis liegt ihre Politik: von der knallharten Durchsetzung bürgerlicher Interessen bis hin zur Organisation von Widerstandsaktionen, die aber immer im Rahmen des Systems bleiben.

Die Gewerkschaftsführung kann deshalb keine effektive Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen organisieren, kein alternatives Programm gegen die bürgerliche Offensive der Kapitalistenklasse ent-

wickeln, weil sie Bestandteil der bürgerlichen Demokratie ist. Dies beweisen ihre Krisen-Programme (z.B. ihre Forderung nach "aktiver Sanierung statt Privatisierung um jeden Preis", nach Staatsholdings oder der Ruf nach höheren Produktionsquoten in Brüssel), Programme, die alle die Entlassung Hunderttausender national und international einrechnen.

Seine "Ratlosigkeit" gab Steinkühler auf der Rheinhauser Stahlarbeiterkonferenz im Februar zu. Die entlarvende Aussage angesichts der Stahlkrise: "wir haben nichts anzubieten" (taz, 17.02.93) muß allerdings hinterfragt werden. Auch während der Tarifikämpfe im Osten saßen diese Leute nicht einfach däumchendrehend herum und verpraßten ihre Aufsichtsratsstämchen. Während Steinkühler offiziell mit "notfalls monatelangen Streiks" drohte (SZ, 26.04.93), bestand die wirkliche Politik der IG Metall-Führung darin, in ihrer verzweifelten Suche nach einem Kompromiß, substantielle Positionen der Gewerkschaftsbewegung aufzugeben. Die Bürokraten diskutierten im Vorfeld offen "Firmentarife", mit denen die Lohnabhängigen in kapitalschwachen Betrieben abgehängt würden. In den Verhandlungen mit den sächsischen Unternehmern war die IGM-Führung sogar bereit, in einem neuen Stufenvertrag selbst eine Angleichung der Löhne an den Westen um ganze zehn Jahre hinauszuschieben (SZ, 07.04.93). Der jetzt ausgehandelte "Kompromiß" in der ostdeutschen Metallindustrie ist ein klarer Sieg für die Unternehmerseite.

## Kommunistische Gewerkschaftsfraktionen

Der Ausverkauf der Bürokraten gefährdet die Gewerkschaften (allein im Osten hat der DGB 1992 780 000 Mitglieder verloren (taz, 02.04.93)). Um ihn zu stoppen, ist der Bürokratie die Führung der Gewerkschaften aus den Händen zu nehmen. Klassenbewußte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen sich dazu in kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen zusammenschließen. Zwei Grundsätze sollten ihre Arbeit leiten, nämlich 1), daß das Ziel, die Mehrheit der Gewerkschaftsbasis zu gewinnen, nur in einem systematischen politischen Kampf gegen die sozialdemokratische Bürokratie erreicht werden kann und 2), daß die aktuellen Verteidigungskämpfe mit dem Ziel der Vernichtung des kapitalistischen Systems verbunden werden müssen.

Für einen solchen Kampf braucht man ein klares Verständnis der Aufgaben, ein Programm. Unserer Meinung nach bietet das Programm der Vierten Internationale ("Übergangsprogramm") hierzu den Rahmen. Im weiter unten abgedruckten "Aktionsprogramm für den IG Metall-Streik" haben wir versucht, die wesentlichen Achsen einer revolutionären Intervention aktuell anzugeben. Der (von der Gewerkschaftsbürokratie immer wieder sabotierte) Kampf der Lohnabhängigen in Ost und West muß verbunden werden mit einem revolutionären Programm zur Lösung der kapitalistischen Krise; die Lösung z.B. der Frage "wer führt den Streik" wird dabei immer akuter, allein nur um Tarife und Gewerkschaften zu verteidigen. Jedoch im Kampf gegen den sozialdemokratischen Einfluß treffen wir auf eine Linke in der BRD, die von dieser notwendigen Frontstellung ablenkt.

## Die neue sozialdemokratische Linke

Der Witz der aktuellen Situation besteht darin, daß sich die sozialdemokratische Linke weniger innerhalb, als v.a. *außerhalb* der SPD formiert. Aufgrund des ungeschminkten SPD-Rechtskurses sehen sich reformistische Sozialisten in SPD, Jusos und Falken in ihren bisherigen Organisationen zunehmend fehl am Platze. Organisationen mit Moskau-stalinistischer Vergangenheit wie PDS oder DKP böten sich zwar als SPD-unabhängige Alternative an. Der schmachliche Bankrott des Stalinismus in den ehemaligen bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten UdSSR und DDR machen sie allerdings wenig anziehend für subjektiv revolutionäre Elemente. Ihre im wesentlichen sozialdemokratische Programmatik erhöht auch nicht gerade ihre Attraktivität. Aktive, von der Sozialdemokratie enttäuschte, zumeist junge Elemente fühlen sich eher von Gruppen wie VORAN angezogen, die ihren (langjährigen) Winterschlaf in der SPD abbrach und sich jetzt bemüht, v.a. über JRE auf links-reformistischer Grundlage die SPD-Verdrossenheit zu organisieren. Neben VORAN existieren darüberhinaus Gruppen wie der BSA, die SAG oder die GAM, deren gemeinsamen Nenner und Erkennungszeichen man umschreiben könnte mit: "Wählt immer SPD, aber baut (unsere) sozialistische Alternative auf". Diese Organisationen bieten sich an, den Kern der neuen sozialdemokratischen Linken zu bilden. Statt die Arbeiter von der Sozialdemokratie zu brechen und für eine revolutionäre Perspektive zu gewinnen, führt ihre Politik dazu - trotz aller Kritik und revolutionärem Vokabular -, von außen den Schulterschuß mit der SPD und Gewerkschaftsführung zu organisieren.

Die Gruppen der neuen sozialdemokratischen Linken vertreten theoretisch die (korrekte) Position, daß die SPD seit 1914 nicht mehr für die Revolution reformiert werden könne. Da die SPD historisch sich aus der Arbeiterbewegung entwickelt hat und immer noch eine wesentliche Unterstützung durch die Lohnabhängigen erhält, ergibt sich prinzipiell die Notwendigkeit für Kommunisten, durch Propaganda und Taktiken die bürgerliche Funktion der SPD zu verdeutlichen. Diese Notwendigkeit ist umso dringlicher in einer Situation, in der die SPD-Führung ihre wahre Funktion durch "sozialistische Rhetorik" verschleiern bzw. durch ihre Politik die Illusion schürt, Arbeiterinteressen zu vertreten. Das ist aktuell nicht der Fall.

Es ergibt sich vielmehr folgende Situation: Entweder die Lohnabhängigen finden sich mit den jetzigen Zuständen ab und gehen mit diesen unter - oder sie kämpfen; dann aber stehen sie frontal einem kapitalistischen Block aus Regierung, SPD und Unternehmern gegenüber. Der einmal begonnene Kampf gegen die bürgerliche Offensive bringt die Arbeiterklasse in der heutigen politischen Situation objektiv in eine Frontstellung gegen die offizielle SPD-Politik. Die Aufgabe von Kommunisten besteht nun darin, diese *Frontstellung* in einen *Bruch* mit der SPD zu vertiefen. Diese Frontstellung hingegen zu verschleiern, indem man beispielsweise fast ausschließlich auf der Kohl-Regierung herumhackt und die aktive Beteiligung der SPD an der bürgerlichen Offensive herunterspielt und an diese Partei vielmehr appelliert, Arbeiterinteressen zu vertreten - eine solche Politik führt nicht nur zurück in die Arme der SPD. Sie bedeutet auch, den Klassenkampf zu sabotieren. Die neue sozialdemokratische

Linke entlarvt sich somit als illusionsverhaftete und illusionsschaffende *linke Flankendeckung* der SPD.

Zwei (beliebig ausgewählte) aktuelle Beispiele sollen die Differenz von linkssozialdemokratischer und revolutionärer Methode gegenüber der SPD verdeutlichen. VORAN schreibt in ihrer letzten Ausgabe im Artikel "Kohl (!) auf Kriegskurs":

"Um den Einsatz deutscher Soldaten in aller Welt zu verhindern, reicht es nicht aus, wenn die SPD-Führung vor das Bundesverfassungsgericht zieht und sich nachher über das Urteil beschwert. Das ist eine Unterstützung (!) deutscher Großmachtspolitik im Bedenkenträger-Tarnanzug" (VORAN 151, Mai 1993).

Aber Fakt ist doch wohl, daß die SPD spätestens seit ihrem UNO-Blauhelmschluß für nationale Bundeswehreinätze eintritt, demnach das genaue Gegenteil vertritt von der hier unterstellten Meinung, die SPD-Führung sei gegen den "Einsatz deutscher Soldaten in aller Welt", das Mittel (BVG) hingegen nur ungenügend. Die SPD-Führung unterscheidet sich, wenn überhaupt, nur taktisch von der Regierung über das Ausmaß militärischer Einsätze (im Schutz der UNO vs. noch offensivere Einsätze). Aber daß grundsätzlich Bundeswehreinätze für das deutsche Kapital nötig sind, daran lassen die SPD-Führer keinen Zweifel. Das wiederum unterschlägt VORAN absichtsvoll.

Ein anderes Beispiel zum gleichen Thema Bundeswehreinatz. Die SAG schreibt u.a.:

"Wir appellieren an alle Kriegsgegner (!), insbesondere aber an die Jungsozialisten in der SPD, sich wie in der Asylfrage (!! ) gemeinsam und entschlossen (!!!) dem neuerlichen Verrat Engholms an den noch gültigen Parteitagbeschlüssen entgegenzustellen" (KK 116, Mai 1993).

Die hier deutlich werdende Linie der SAG - Verteidigt die "gültigen Parteitagbeschlüsse" zum UNO-Blauhelmeinsatz - heißt im Klartext, sich auf den Boden der deutschen imperialistischen Kriegspolitik zu stellen.

Während in der Frage der SPD aktuell die Verhältnisse eindeutig sind und eine scharfe, vorrangig propagandistische Auseinandersetzung erfordern, stellt sich die Frage der revolutionären Haltung gegenüber der Gewerkschaftsführung in etwas komplizierterer Form. Die Gewerkschaftsführung gibt im Gegensatz zur SPD vor, die Interessen der Lohnabhängigen zu verteidigen, während sie gleichzeitig nach faulen Kompromissen sucht. Wie muß in diesem Fall eine revolutionäre Taktik beschaffen sein? Wir verteidigen den DGB, das bestehende Tarifvertragsrecht etc. als Schutz und Errungenschaft der Arbeiterbewegung gegen Angriffe von CDU bis SPD. Allerdings warnen wir die Arbeiter nicht nur vor den Machenschaften der Führung. Wir schlagen vielmehr auch direkte Maßnahmen vor, die Gewerkschaftsführung unschädlich zu machen. Im letzten Metallerstreik z.B. hätte sich die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung konzentrieren müssen auf die Durchsetzung der Forderung, die Streikführung durch gewählte Streikkomitees der Basis zu ersetzen.

Einen anti-bürokratischen Kampf wollen die linken Sozialdemokraten von SAG und VORAN aber nicht führen, vielmehr schleichen sie um die Bürokraten wie die Katze um den heißen Brei. "Stoppt die Tarifbre-

cher" bzw. "Stoppt Lohnraub und Entlassungen" heißen ihre Forderungen, die weit hinter die Erfordernisse des Streiks zurückfielen. Ihre Methode besteht darin, auf breitere Aktionen zu drängen und zur Kontrolle der Bürokratie aufzurufen. Eine solche Politik negiert aber die Tatsache, daß die Bürokraten verzweifelt versuchen, den Kampf zwar mit möglichst wenig Gesichtverlust, aber auf Geschäftsgrundlage der Unternehmer zu beenden. Die SAG-Propaganda für die Forderung nach Streikkomitees schloß eine Mißdeutung dieser Komitees als Kontrollinstanz der Bürokratie nicht aus:

"Entscheidend für den Ausgang jeden Streiks wird sein, ob es zu einer demokratischen Kontrolle von unten kommt" (KK, ebenda).

Nein, entscheidend für den Ausgang jedes Streiks wird sein, ob es den Streikenden gelingt, über gewählte Streikkomitees der Bürokratie die Streikführung aus den Händen zu nehmen. VORAN wagte sich erst gar nicht an die Forderung der eigenständigen Streikleitung. Diese Gruppe reduziert die Aufgabe der Linken auf:

Gemeinsam muß Druck auf die Führung für einen konsequenten Kampf gemacht werden" (VORAN 151).

Und das ist es - die neue sozialdemokratische Linke als *pressure group* der Bürokratie. (Zum Piepen auch das nachfolgende Eigentor: "Eine Lehre aus dem ÖTV-Streik im letzten Jahr ist, daß die Führung darauf verpflichtet werden muß, den Streik nicht vor einer Urabstimmung über das Ergebnis abzubrechen" (ebenda). Diese Forderung ist bereits erfüllt, liebe Genossinnen und Genossen, die ÖTV-Führung hat den Streik 1992 erst *nach* einer Urabstimmung (in der sich massiv für Streikfortsetzung ausgesprochen worden war) abgewürgt).

Die Politik der neuen sozialdemokratischen Linken ist weder darauf aus, eine alternative Führung gegen die sozialdemokratische aufzubauen, noch ist sie mit ihren Anleihen an die Programmatik des Linksreformismus in der Lage, die Perspektive eines revolutionären Auswegs aus der Krise zu weisen.

## Chancen revolutionärer Politik

Gegen dieses System kann man nur mit revolutionären Mitteln kämpfen und nicht mit der Anpassung an die Sozialdemokratie. Hat man erst einmal die objektive Notwendigkeit der Revolution erkannt, dann sind linkssozialdemokratische Halbheiten nicht angebracht. Die bürgerliche Offensive verlangt nach einer konsequenten Antwort. Sie nimmt sich jetzt die Gewerkschaften ins Visier. Der Kampf um die Errungenschaften der Arbeiter, der Kampf für eine revolutionäre Gewerkschaftsführung, muß als Bestandteil des allgemeinen Versuchs einer revolutionären Mobilisierung der Lohnabhängigen in Deutschland gesehen werden. Dazu bedarf es einer revolutionären Partei, wir meinen: einer revolutionären trotzkistischen Arbeiterpartei. Als kleine revolutionäre Minderheit in der Arbeiterbewegung müssen wir wieder von ganz unten anfangen ■